

Unterschiedliche Demokratiezufriedenheit in West- und Ostdeutschland

Hinrichs, Wilhelm, Nauenburg, Ricarda

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hinrichs, W. N. R. (2005). Unterschiedliche Demokratiezufriedenheit in West- und Ostdeutschland. *Deutschland Archiv*, 38(3), 393-401. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-212467>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Unterschiedliche Demokratiezufriedenheit in West- und Ostdeutschland

Wilhelm Hinrichs/Ricarda Nauenburg, Berlin

1. Einführung und Fragestellung

Seit Jahren beobachten wir eine zwar schwankende, aber insgesamt doch anhaltend kritische Bewertung des Funktionierens der Demokratie in Deutschland. Mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland sind zwischen 1991 und 2003 in jedem Jahr zwischen dreißig und fünfzig Prozent der westdeutschen Bevölkerung und zwischen fünfzig und siebzig Prozent der ostdeutschen Bevölkerung unzufrieden.¹

Die besonders kritische Würdigung des Funktionierens der Demokratie durch die Ostdeutschen ist zudem mit einer wenig ausgeprägten diffusen Zustimmung zur Demokratie als Ordnungsmodell verbunden. Auf die Frage: »Ist die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, die beste Staatsform?«, antworteten von den Ostdeutschen 1990 41 Prozent mit Ja, 2001 nur noch 32 Prozent. Für die Westdeutschen betragen die Werte 81 und 75 Prozent.² Die rückläufigen Zustimmungswerte zum deutschen Demokratiemodell in beiden Landesteilen und das äußerst geringe Zustimmungsniveau in Ostdeutschland können Anlass zur Sorge sein, da die sinkenden Werte einhergehen mit Stimmenverlusten der etablierten demokratischen Parteien, rückläufiger Parteienmitgliedschaft und abnehmender Wahlbeteiligung. Als vorläufiger Höhepunkt demokratieskeptischer Grundhaltung insbesondere der Ostdeutschen sind die Ergebnisse der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen im September 2004 einzustufen. Die bürgerlichen Parteien SPD und CDU verloren zusammen in Brandenburg 14,5 und in Sachsen 16,7 Prozent der Stim-

men gegenüber 1999. Dagegen konnte die PDS starke Zugewinne verbuchen, und die DVU und NPD zogen in die Landtage ein.

Zeigt sich in der demokratiekritischen Einstellung ein beginnender Akzeptanzverlust des demokratischen Ordnungsmodells in Deutschland? Wir meinen nein, sondern vermuten, dass zunehmende Zweifel am Funktionieren der Demokratie zum Teil auf die Grundzustimmung übertragen werden. Aber wie entsteht Unzufriedenheit mit der Demokratie, und welches sind die wesentlichen Einflüsse für eine unterschiedliche Zufriedenheit in West- und Ostdeutschland? Inwieweit hat die Demokratieforschung, die eingebettet in die deutsch-deutsche Transformationsforschung, in den 90er Jahren ein fast unübersehbares Ausmaß erreichte, dafür Antworten gefunden und welche sind das?

Zur Beantwortung der Fragen werden in einem ersten Teil die wichtigsten Thesen dargelegt, die die Demokratieforschung in den 90er Jahren zur unterschiedlichen Zufriedenheit in West- und Ostdeutschland aufgestellt hat. Im zweiten Teil werden die Thesen dann kritisch reflektiert, und zwar aus Sicht theoretischer Evidenz und empirischer Erfah-

1 Vgl. Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Hg. Statistisches Bundesamt, Bonn 2004, S. 650.

2 Vgl. E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Hg.): Allensbacher Jahrbuch für Demoskopie 1998–2002, Allensbach 2002, S. 595.

rung. Bei der Verwendung empirischer Befunde stützen wir uns auf den Wohlfahrtssurvey, eine sozialwissenschaftliche Umfrage des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) und des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim. Die Umfrage wird seit 1978 regelmäßig in West- und seit 1996 Ostdeutschland durchgeführt und enthält u. a. die Frage, wie zufrieden die Bürger mit den demokratischen Einrichtungen sind. Für die Bürger wird die Funktionsfähigkeit der Demokratie entscheidend über die Kommunikation und den Kontakt mit den Institutionen wirksam, die einen starken Einfluss auf ihr soziales und individuelles Leben ausüben. Anhand der Erfahrungen mit den Institutionen wird deshalb das Funktionieren der Demokratie besonders benotet.

2. Wissensstand

Im Wesentlichen wurden von der Demokratieforschung zur unterschiedlichen Demokratiezufriedenheit in West- und Ostdeutschland vier Thesen aufgestellt. Sie lassen sich verkürzt zusammenfassen als »Sozialisierungsthese«, »Situationsthese bzw. Sozioökonomischer Status«, »Erwartungsthese« und »Handlungsthese«.

Sozialisierungsthese

Sie besagt, dass ehemalige DDR-Bürger wegen fehlender demokratischer Institutionen Demokratie nicht erlernen konnten, und sie daher auch weitgehend demokratieresistent seien. »Da auf dem Boden Ostdeutschlands bis zum Jahre 1990 niemals eine stabile und funktionsfähige liberal-pluralistische Demokratie existierte und das DDR-Regime sich nahtlos in die kollektivistische, etatistische, antipluralistische politische Tradition Deutschlands einfügte, stellt sich die Frage, wie denn eine Unterstützung der Werte, Normen, Institutionen und Spielregeln einer liberalen Demokratie westlicher Prägung durch die ostdeutsche Bevölkerung überhaupt zustande gekommen sein könnte.«³ Oder: »Die Sozialisation in der DDR erzielte im Bereich des Geschichtsbewusstseins Erfolge, die auch zehn Jahre nach der Wiedervereinigung noch eine nachhaltig prägende Kraft entfalten.«⁴ Die Sozialisierungsthese hat durchaus eine größere Anhängerschaft gefunden.

Doch nicht wenige Autoren stellen eine geringere, nur »teilweise« Wirkung der Sozialisation auf die heutige Bewertung der Demokratie fest.⁵

Die westdeutsche Bevölkerung hat ihre demokratischen Einrichtungen nach dem Zweiten Weltkrieg dank Wohlstand und politischer Bildung in Jahrzehnten schätzen gelernt und eine große emotionale Zustimmung entwickelt. Die DDR-Bürger hatten keine Gelegenheit, demokratische Strukturen verinnerlichen zu können. Diese Betrachtungsweise würde in der Tat für einen erheblichen Einfluss der Sozialisation auf Demokratiebewertungen sprechen.

Situationsthese bzw. sozioökonomischer Status

Die These lautet, die Ostdeutschen befürworteten die demokratischen Einrichtungen deshalb weniger als die Westdeutschen, weil ihre materiellen Lebenschancen und Lebensverhältnisse schlechter sind und auch so wahrgenommen werden.

»Wenn also die Bundesregierung in ihrem Bericht zum Stand der deutschen Einheit die innere von der materiellen Einigung unterscheidet, so ist dies falsch: Es gibt nur die materielle – erst wenn diese erreicht ist, kann man in anderen Bereichen Angleichungen erwarten.«⁶ Die Annahme eines exponierten Einflusses der sozioökonomischen Situation auf die unterschiedliche Demokratiezufriedenheit in West und Ost hat nicht weniger Befürworter gefunden als die Sozialisierungsthese. »Die Herausbildung einer ostdeutschen Sondermentalität ... ist vor allem ein Produkt der ökonomischen Unterschiede zwischen Ost und

3 Vgl. O. W. Gabriel: Politische Orientierungen im vereinten Deutschland. Auf dem Wege zur »Civic Culture«?, in: H. Bertram/R. Kollmorgen (Hg.): Die Transformation Ostdeutschlands, Opladen 2001, S. 101.

4 Vgl. W. Weldenfeld: Geschichte und Identität, in: K.-R. Korte/ders. (Hg.): Deutschland Trendbuch. Fakten und Orientierungen, Opladen 2001, S. 46f.

5 Vgl. D. Fuchs u. a.: Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied?, in: APuZ, B 51/1997, S. 3–12.

6 Vgl. D. Walz/W. Brunner: Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Oder: Warum sich die Ostdeutschen als Bürger 2. Klasse fühlen, in: APuZ, B 51/1997, S. 13.

West.«⁷ Einige Verfechter dieser These gehen sehr weit und sprechen aus sozioökonomischer Sicht gar von einer »Kolonialisierung« Ostdeutschlands.⁸

Teils als Relikt aus DDR-Zeiten, teils als Ergebnis der ostdeutschen Transformation haben wir es heute in Ost- und Westdeutschland mit einer völlig anderen Sozialstruktur zu tun. Ein sehr viel geringerer Anteil der Erwerbspersonen in Ostdeutschland arbeitet in einem Beamten- oder Angestelltenverhältnis. Dafür überwiegen im Vergleich zu Westdeutschland die Facharbeiter, Arbeitslosen und lehrstellenlosen Jugendlichen. Diese differente deutsch-deutsche Sozialstruktur ist mit unterschiedlichen materiellen und sozialen Lebensbedingungen verknüpft. Jan Delhey und Verena Tobsch⁹ haben für Ostdeutschland und Ungarn nachgewiesen, dass die »Zufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen« neben der Freiheit politischer Betätigung am stärksten durch eine gerechte Verteilung des Wohlstandes und die Zufriedenheit mit dem individuellen Lebensstandard bestimmt wird. Dies wäre ein wichtiges Argument für die Gültigkeit der These vom sozioökonomischen Status.

These enttäuschter Erwartungen

Nach dieser These sind die unterschiedlichen Bewertungen durch Sozialisation und situative Erfahrungen, aus denen andere Erwartungen und Hoffnungen an die demokratischen Einrichtungen in West- und Ostdeutschland folgen, zu erklären. »Als es den Ostdeutschen ... gelang, sich bis dahin verwehrt Grundrechte zu erstreiten, erlebten viele das als Befreiung. Inzwischen haben sich viele an diese Freiheiten gewöhnt und zugleich deren Grenzen erfahren: den Mangel an Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die Abhängigkeit von sozialstaatlicher Unterstützung, den Unterschied zwischen Meinungsfreiheit und politischem Einfluss etc. Dass Demokratie und Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern an Zustimmung verlieren, ist nicht zuletzt Ausdruck enttäuschter Erwartungen.«¹⁰ An anderer Stelle: »Die schon während der Wende im Osten vergleichsweise zum Westen größere Akzeptanz der Idee des Sozialismus ... bei gleichzeitiger Akzeptanz der demokratischen Idee durch die Ostdeutschen indiziert somit weithin keine grundsätzliche Opposition zur Demokratie, sondern deutet auf

eine latent aufrechterhaltene Legitimität langfristig erworbener, sozialistisch geprägter Ordnungsvorstellungen. Dazu dass diese mit zunehmendem Abstand zur Vereinigung wieder an die Oberfläche gelangen, dürften ... nachlassendes Bewusstsein über systeminhärente Schwächen des sozialistischen Konzepts ebenso beitragen wie die direkte Konfrontation mit dem demokratischen Alltag ...«¹¹

Durch den plötzlichen Systemwechsel rückten 1989 angestrebter Wohlstand und die lange ersehnte Freiheit für die Ostdeutschen über Nacht in greifbare Nähe, und es schien, sie würden sich mit der Dynamik und Eigengesetzlichkeit jener Tage schnell realisieren lassen. Die Ostdeutschen verbanden den Wechsel a priori mit der Frage, wie funktional sich die neuen Institutionen für die angestrebten Lebensziele – Nutzung der neuen individuellen Freiheiten, umfangreiche gesellschaftliche Beteiligung, gleichwertige Lebensverhältnisse wie im Westen in kurzer Zeit – erweisen würden. Diese Vorstellung, gepaart mit der Unkenntnis demokratischer Strukturen und Prinzipien und mit Illusionen über den gesellschaftlichen Einfluss individuellen Handelns, ließ hochfliegende Erwartungen wachsen, aus denen, nicht erfüllt, Enttäuschung gewachsen sein könnte.

Handlungstheese

Diese These geht davon aus, dass die Ostdeutschen unzureichend als Gestaltungssubjekte der Transforma-

7 Vgl. D. Pollack/G. Pickel: Die ostdeutsche Identität – ein Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? Einstellung der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie, in: APuZ, B 41–42/1998, S. 22.

8 Vgl. W. Dümke/F. Vilmar (Hg.): Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster 1995.

9 Vgl. J. Delhey/V. Tobsch: Freiheit oder Wohlstand? Regimeperformanz und Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland und Ungarn, in: Berliner Debatte Initial, 5–6/2000, S. 33–46.

10 Vgl. Th. Bulmahn: Das vereinte Deutschland – eine lebenswerte Gesellschaft?, in: Kölner Zs. f. Soziologie u. Sozialpsychologie 52 (2000), S. 425.

11 Vgl. B. Westle: Demokratie und Sozialismus. Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie, in: Kölner Zs. f. Soziologie u. Sozialpsychologie 46 (1994), S. 592.

mation einbezogen wurden. »Ein Transformationsergebnis wird von den Betroffenen offenbar nur dann als erfolgreich empfunden, wenn ihnen Gelegenheit gegeben wird, die Abschaffung, Veränderung oder Neugestaltung von Strukturen, in denen sie sich bewegen, durch ihr eigenes Handeln zu beeinflussen. Förderprogramme und finanzielle Transfers, so notwendig sie sind, werden folglich auf Dauer erfolglos bleiben, wenn es mit ihrer Hilfe nicht gelingt, zukunftsfähige Akteurskonstellationen zu installieren, in denen Ostdeutsche ihren Platz für das eigene Zutun finden.«¹² Durch die unter den Stichworten »Abwicklung von Institutionen«, »Elitenaustausch«, »Rückgang der Frauenerwerbstätigkeit«, »Vorruhestand«, »Arbeitslosigkeit« etc. firmierenden Prozesse, die nach 1990 in Ostdeutschland einsetzten, wurden große Teile der Bevölkerung aus den offiziellen Handlungsstrukturen »freigesetzt«. Der Aufbau demokratischer Institutionen und die Einführung der Marktwirtschaft waren fast ausschließlich das Werk westdeutscher Marktstrategen, Manager, älterer Beamter, von Pensionären und Rentnern oder beruflich Chancenlosen aus Westdeutschland. »Vor diesem Hintergrund erwies sich die Besonderheit des Umbruchs in Ostdeutschland gerade darin, dass – zunächst insbesondere im Rahmen der Partnerschaften zwischen ost- und westdeutschen Ländern – ein massiver westdeutscher Personal- und Elitentransfer zur vorübergehenden oder dauerhaften Besetzung von Führungs- und Leitungspositionen in den neuen Verwaltungen in Gang kam.«¹³

Die Gewährung größerer Handlungschancen für die Ostdeutschen im Transformationsprozess wurde dezidiert aus der Sozialpsychologie angemahnt.¹⁴ Bis heute erscheinen strukturelle Voraussetzungen des Einbezugs und der Beteiligung in Ostdeutschland als defizitär. Diese Spezialität spricht dafür, dass ungenügende Handlungschancen tatsächlich besonders wichtig für die größere ostdeutsche Unzufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen sein könnten.

3. Kritische Würdigung des Wissensstandes

In diesem Abschnitt werden die vier Erklärungen nach ihrer theoretischen Plausibilität und empirischen Gültigkeit hinterfragt.

3.1. Erklärungsfaktor Sozialisation

Bei der Sozialisationsthese bleiben aus theoretischer Sicht viele historische Fakten unberücksichtigt. Die Ostdeutschen hatten mehrheitlich zu keinem Zeitpunkt eine starke Zustimmung zu ihren staatlichen Einrichtungen empfunden. Über drei Millionen Menschen kehrten zwischen 1950 und 1990 den DDR-Einrichtungen durch Ausreise und Flucht den Rücken. Ständig saßen rund zehntausend Bürger wegen ihrer politischen Überzeugung in Gefängnissen ein. Partei und Staat mit ihren Institutionen brauchten für ihre Existenz flächendeckende Observation. Auch in der DDR wirkte die jahrhundertlange gemeinsame Geschichte, Kultur und Sprache im Alltag fort. Hieran und an den modernen westlichen Werten und Normen orientierten sich die meisten Menschen. Die Realisierungspfade dafür waren die westlichen Medien sowie Rentner- und Besuchsreisen. Zwar hatten West- und Ostdeutschland jahrzehntelang unterschiedliche Bildungssysteme, doch blieb der politischen Bildung in der DDR wegen niedrigen Lebensstandards und geringer Freiheit ein Erfolg weitgehend versagt. 1990 schafften die DDR-Bürger die autoritären institutionellen Strukturen selbst ab.

Nach 1990 entstanden demokratische Institutionen, Bildungsinhalte wurden verändert. Sollten Sozialisationserfolge der DDR überdauert haben, wäre zu beachten, dass mit realen Veränderungen auch Veränderungen erworbener Werte und Einstellungen einhergehen. Die Menschen bewerten ein politisches System anhand der täglichen Erfahrungen sehr pragmatisch. Sie müssen, teils entgegen ihrer primären Sozialisation, ständige Anpassungsleistun-

12 Vgl. W. Hinrichs/E. Priller: Handlungsblockaden in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, in: dies. (Hg.): Handeln im Wandel. Akteurskonstellationen in der Transformation, Berlin 2001, S. 13f.

13 Vgl. H. Wollmann: Um- und Neubau der politischen und administrativen Landesstrukturen in Ostdeutschland, in: APuZ, B5/1998, S. 23; hierzu auch: W. Bürklin u. a. (Hg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen 1997; U. Hoffmann-Lange: Elite West – Elite Ost, in: Der Bürger im Staat, 4/2000, S. 203.

14 Vgl. u. a. G. Trommsdorff/H.-J. Konradt: Innere Einheit im vereinigten Deutschland? Psychologische Prozesse beim sozialen Wandel, in: Bertram/Kollmorgen (Anm. 3), S. 365–387.

gen vollbringen und sind dazu auch in der Lage. Die durch die Ostdeutschen im Transformationsprozess erbrachten Anpassungsleistungen sind enorm. »Im Vergleich zu ... Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei war der wirtschaftliche Zusammenbruch in Ostdeutschland tatsächlich schockartig. In den Jahren von 1990 bis 1992 wurde netto rund ein Drittel aller Arbeitsplätze abgebaut, brachen weite Teile der Industrie und der früheren Handelsbeziehungen zusammen. Praktisch zeitgleich mit den wirtschaftlichen Rückschlägen reagierten die Ostdeutschen im Privatbereich mit einem dramatischen Rückgang der Eheschließungen und Geburten um mehr als die Hälfte, was historisch ohne Vorbild ist. Die erfahrenen Veränderungen waren so einschneidend, dass es ein eigenes Erklärungsproblem darstellt, warum es zu keinen größeren Unruhen und Protesten als über jene 20 bis 25 Prozent PDS-Stimmen in Ostdeutschland hinaus gekommen ist.«¹⁵

Auch einer empirischen Prüfung anhand der Merkmale Geburtsjahrgang, Allgemeinbildung, Berufsbildung und Wohnortgröße als Indikatoren für den Sozialisationsprozess hält die Sozialisationsthese nicht stand. Insgesamt ergibt sich zwar ein signifikanter Einfluss der Sozialisation auf die Zufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen, allerdings ist er gering. Die allgemeine Wirkung der Sozialisationsmerkmale ist der Art, dass bei höherer Allgemeinbildung die Demokratiezufriedenheit wächst, Großstädter sind gegenüber den demokratischen Einrichtungen kritischer als die Bewohner anderer Gemeinden. Diese Feststellungen sind nachvollziehbar: Mit höherer Bildung wachsen Kenntnisse und Fähigkeiten, ein Verständnis für politische Prozesse bildet sich heraus. Bildung wird zu einer Voraussetzung, um sich im Netz der demokratischen Einrichtungen zurechtzufinden. Im Umkehrschluss ist geringere Bildung eher mit Unverständnis und Rückzug verbunden, Möglichkeiten der Aneignung demokratischer Werte engen sich ein, was die Demokratiezufriedenheit negativ beeinflusst. Großstädter sind gesellschaftlichen Problemen gegenüber allgemein aufgeschlossener als Bewohner ländlicher Ortschaften.

Gleichwohl gibt es einen speziellen Ost-Sozialisationsinfluss. Er besteht darin, dass beruflich höher Qualifizierte wie Meister, Techniker, Fach- und

Hochschulabsolventen mit den demokratischen Einrichtungen besonders unzufrieden sind. Wir führen das darauf zurück, dass trotz der Bereitschaft zum Einsatz der Qualifikationen diese aktuell ungenügend abgerufen werden.

3.2. Erklärungsfaktor sozioökonomischer Status bzw. Situation

Die sozioökonomische Lage der Individuen und Haushalte prägt maßgeblich ihre gesellschaftliche und politische Integration, die ihrerseits zentral ist für die Bewertung der politischen Einrichtungen. Auch die Entwicklung und Anerkennung der demokratischen Ordnung in Westdeutschland nach 1945 gehen in hohem Maße zurück auf die materiellen Erfolge (Wirtschaftswunder).¹⁶ Damit wird nicht negiert, dass Werte und Orientierungen, auch die Bewertung der Demokratie, durchaus unabhängig von der sozioökonomischen Situation wirken können.

Ein zentraler Indikator für die materielle Lage ist das Einkommen, das nahezu alle Lebensbereichszufriedenheiten beeinflusst. Die Einkommen der Ostdeutschen haben inzwischen 77 Prozent der westdeutschen Einkommen erreicht,¹⁷ bei allerdings nur 61 Prozent des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf.¹⁸ Damit sind die Ostdeutschen gegenüber den ehemaligen sozialistischen Ländern wie Tschechien, Ungarn und Polen in einer materiell komfortablen Lage. In diesen Ländern liegt das Pro-Kopf-Inlandsprodukt zwischen 44 Prozent (Polen) und 65 Prozent (Tschechien) des deutschen, aber die dortigen Einkommen betragen nur ein Fünftel der deutschen, allerdings bei geringeren Preisen.¹⁹

15 Vgl. W. Zapf: Modernisierung und Wohlfahrtsentwicklung. WZB-Vorlesung, Berlin 17. Dezember 2002.

16 Vgl. u. a. G. Wewer: Demokratie, Demokratisierung, in: B. Schäfers/W. Zapf (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen 1998, S. 117; ferner: D. Thränhardt: Demokratie in Deutschland, in: U. Andersen/W. Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2000, S. 130.

17 Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung 517/04, 2.12.2004.

18 Vgl. Eurostat Data Shop Berlin: <http://www.eu-datashop.de/beitr/lt/> [2.5.2005].

19 Ebd.

Während in den genannten ehemals osteuropäischen Ländern die Produktivität den Löhnen voraus ist, ist das Verhältnis in Ostdeutschland umgekehrt. Die Differenz wird durch Sozialtransfers aus Westdeutschland gemildert. Dadurch nimmt Ostdeutschland in der Einkommensposition innerhalb der EU-Länder den zehnten Platz ein.

Auch die Wohnsituation in Ostdeutschland ist gegenüber den drei Ländern sehr viel besser. Während die Ostdeutschen über 1,7 Räume je Person verfügen können, sind es in Polen 0,9, in Ungarn 1,1 und in Tschechien 1,4 Räume. Und die technische Qualität der Wohnungen in Ostdeutschland hat sich gravierend verbessert. In nur rund sechs bis sieben Prozent der Wohnungen gibt es mehrere technische Mängel. In Polen trifft das auf rund 22 Prozent der Wohnungen zu, in Ungarn auf rund 16 Prozent und in Tschechien noch auf zehn Prozent der Wohnungen.²⁰

In Ostdeutschland hat sich also die sozioökonomische Lage der Bürger gegenüber früher und gegenüber anderen ehemaligen sozialistischen Ländern erheblich verbessert. Wie sieht nun der Einfluss dieses Faktors auf die Zufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen auf der empirischen Ebene aus? Es ist weder in Ost- noch in Westdeutschland das absolute Niveau der sozioökonomischen Situation, das einen Einfluss ausübt, sondern es ist die subjektive Bewertung der ökonomischen Situation in Form der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard sowie der sozialen und öffentlichen Sicherheit, wobei die Zufriedenheit mit der sozialen Sicherheit in beiden Landesteilen am schwersten wiegt. Je zufriedener man also mit diesen Bereichen ist, desto höher fällt die Zufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen aus. Wir interpretieren das Ergebnis in der Weise, dass bezüglich der sozialen Sicherheit die Sorge aufgekommen ist – und dies in Ost- weit mehr als in Westdeutschland – dass der materielle Lebensstandard in Zukunft nicht gehalten werden könnte. Die Ostdeutschen spüren, dass ihr erreichter Wohlstand gewissermaßen auf »Pump« gegründet ist und fürchten, die Sozialtransfers könnten verebben.

3.2. Erklärungsfaktor enttäuschte Erwartungen

Für die Ostdeutschen sind die entscheidenden Referenzpunkte ihrer Erwartungen die gegenwärtige Situation in West- bzw. Ostdeutschland, die Erfahrungen im Revolutionsjahr 1989 und die DDR-Vergangenheit. Ostdeutsche haben sich beim Lebensstandard und den Freiheitsrechten seit jeher an Westdeutschland, nicht an den osteuropäischen Ländern orientiert. Durch den ständigen Blick nach Westen und die Erfahrungen des Jahres 1989 erwuchs der Wunsch nach einer Gesellschaft, in der individuelle Freiheit und Wohlfahrt verwirklicht sind, der Wohlstand einigermaßen gerecht verteilt wird, eine minimale Arbeitslosigkeit herrscht und soziale Sicherheit gewährleistet ist. Eine komplizierte Abwägung zum Beispiel zwischen Freiheit, Wohlstand und Gerechtigkeit war ihnen zunächst fremd, mit sozialen Risiken umzugehen, die eine freie Gesellschaft impliziert, hatten sie nicht gelernt. Insofern waren die Erwartungen, die Ostdeutsche hegten, illusionär. So kamen sie mit der Erwartung einer zügigen Angleichung der Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland in die Einheit. Angesichts der Tatsachen, dass innerhalb der EU ein regionaler Ausgleich angestrebt wird und auch das Grundgesetz eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Bundesländern fordert, lässt sich dieser Teil der Erwartungen nicht auf ewig in das Reich der Illusionen rücken. Insofern kann man eine Angleichungserwartung keineswegs als übertriebenen Anspruch abtun. Doch ist die Angleichung der Lebensbedingungen ins Stocken geraten. »Ein Aufholprozess der Wirtschaft in den neuen Bundesländern ist nur möglich, wenn hier über einen längeren Zeitraum hinweg pro Kopf mehr investiert wird als in Westdeutschland. Diese Bedingung ist seit 2000 nicht mehr gegeben.«²¹

Wenden wir uns nun dem empirischen Einfluss des Faktors »Erwartungen« auf die Zufriedenheit mit den

20 Vgl. T. Fahey u. a.: *Quality of Life in an Enlarged Europe: Challenges and Opportunities*, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Dublin 2004, S. 15f.

21 Vgl. E. Langmantel: *Investitionen: Aufholprozess in den neuen Bundesländern vorerst zu Ende*, in: Ifo Schnelldienst, 57 (2004), Nr. 7, S. 39.

demokratischen Einrichtungen zu. Geweckte Erwartungen, die nicht erfüllt werden, wirken generell – in West- und Ostdeutschland – negativ auf die Demokratiezustimmung. Dabei wurden als Indikatoren für Erwartungen Zukunftseinschätzungen zum Einkommen und Lebensunterhalt, die erlebte Differenz zwischen den aktuellen und gerechten Lebensbedingungen sowie die allgemeine Zukunftszuversicht gewählt. Für Westdeutsche zeigen persönliche Lebensstandard-Erwartungen keine Wirkung auf eine Zustimmung zu den demokratischen Institutionen. Offenbar hegen sie mehrheitlich nicht die Erwartung einer noch weiteren Erhöhung des Wohlstands, für sie sind allgemeine Erwartungen an die persönliche Zukunft wichtiger. Für Ostdeutschland stellen wir jedoch eine Wirkung fest. Es ist der optimistische bzw. pessimistische Blick in die zukünftige Entwicklung der eigenen Lebenshaltungskosten, von dem die Bewertung der Institutionen durch die Ostdeutschen abhängig gemacht wird. Je optimistischer dieser Vorausblick ausfällt, desto konsequenter können die demokratischen Einrichtungen mit Unterstützung rechnen. In der Umkehrung darf vermutet werden, dass dahinter Befürchtungen um den Lebensstandard und die eigene Lebensperspektive stehen, die vielen als unsicher erscheinen.

Inzwischen hat sich die Angleichungsvorstellung in Ostdeutschland abgeschwächt. Die zentrale und starke Wirkung der Lebenshaltungskosten lässt vermuten, dass an die Stelle der Enttäuschung die Sorge getreten ist, ob der erreichte Stand gehalten werden kann bzw. ob die Lebenshaltungskosten auch zukünftig beherrschbar bleiben.

3.4. Erklärungsfaktor *teilnehmendes Handeln*

Theoretisch kann erwartet werden, dass größere wirtschaftliche und politische Handlungsoptionen positiv auf die Zufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen wirken. Dabei sind die Handlungschancen im Erwerbzbereich von besonderer Bedeutung, da von ihnen die Erfüllung von Ansprüchen, die sozioökonomische Situation und ihre perspektivische Entwicklung abhängen. Nehmen wir zur Einschätzung der wirtschaftlichen Chancen in Ostdeutschland die Arbeitslosigkeitsraten und die Rate der Langzeitarbeitslosen, dann stehen die Ostdeutschen schlechter

da als die erwähnten ehemaligen Ostblock-Länder. Während in Ostdeutschland im Jahresmittel eine Arbeitslosigkeit von rund zwanzig Prozent herrscht (Westdeutschland neun Prozent), erreicht die Rate nur in Polen mit rund 19 Prozent einen ähnlich hohen Wert, in Tschechien liegt sie bei acht Prozent und in Ungarn nur bei sechs Prozent. Und während es in Ungarn nur rund zwei Prozent Langzeitarbeitslose gibt, liegt dieser Wert in Ostdeutschland inzwischen bei rund acht Prozent (Westdeutschland drei bis vier Prozent).²² Eine solche Entwicklung lag außerhalb der Erwartungen der ostdeutschen Bevölkerung. Und 63 Prozent der Westdeutschen meinen, verlören sie ihren Arbeitsplatz, wäre es schwierig oder unmöglich, eine gleichwertige Stelle zu finden, in Ostdeutschland meinen das 79 Prozent.

Politisches Handeln lässt sich anhand politischer Aufgeschlossenheit, gesellschaftlicher Aktivität und der Reflexion der allgemeinen Ordnung beschreiben. Plausibel und empirisch oft nachgewiesen ist der Zusammenhang, dass politisch aufgeschlossene Menschen dem politischen System eher zustimmen und vertrauen als politisch wenig aufgeschlossene. Die politische Interessiertheit der Bevölkerung war in Ostdeutschland, unabhängig von einer Parteinneigung oder -zugehörigkeit, groß. Sie bildete eine Voraussetzung dafür, dass die deutsche Wiedervereinigung stattfinden konnte. In Westdeutschland hingegen werden politische Interessen traditionell von den etablierten Parteien aufgenommen und gruppenspezifisch kanalisiert. In der Bevölkerung hat sich über lange Zeit ein geordnetes Muster von Parteipräferenzen ausgebildet. In Ostdeutschland hat sich ein Kommunikationsprozess zwischen den bürgerlichen Parteien und der Bevölkerung aufgrund der unterschichtigen Sozialstruktur nicht eingestellt. Die Ostdeutschen sehen nur geringe Differenzen in den Zielen und Methoden der großen Parteien und ihre speziellen Angelegenheiten hier nicht aufgehoben.

Zweitens verfestigen sich Akzeptanz und Unterstützung eines politischen Systems durch eigene Aktivitäten, Stabilität und Dauerhaftigkeit der Systembindun-

22 Vgl. Statistisches Jahrbuch 2004 für das Ausland, Hg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2004, S. 246.

gen werden gestärkt. Die Dritte-Sektor-Forschung hat anhand der Mitgliedschaft und Mitarbeit in Organisationen die Wirkung dieses Faktors insbesondere in Transformationsgesellschaften nachgewiesen.²³ In den 80er Jahren hatte sich in Ostdeutschland eine breite Bürgerbewegung entwickelt, die Ostdeutschen kamen mit unorthodoxen basisdemokratischen Aktivitätsformen wie »Häuser der Demokratie«, »Runde Tische«, »Montagsdemonstrationen« u. a. in die Einheit. Das basisdemokratische Handeln konnte in die traditionellen Strukturen nicht implementiert werden.

Empirische Befunde belegen die theoretischen Überlegungen: Menschen, die sich für Politik besonders interessieren, sind in West- wie Ostdeutschland prinzipiell mit den demokratischen Einrichtungen zufriedener als wenig Interessierte. Ebenfalls zufriedener mit der Demokratie sind Menschen, die den bürgerlichen Parteien SPD und CDU/CSU zuneigen. Das Gegenteil ist der Fall, wenn in Ostdeutschland eine Affinität zur PDS besteht. Eine PDS-Nähe ist mit einer besonderen ostdeutschen Unzufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen verbunden. Bei dieser Gruppe dürften sich Erwartungen, die aus DDR- und Wendezeiten stammen, konzentrieren. Noch deutlicher als politische Interessiertheit wirken Aktivitäten auf die Demokratiezufriedenheit ein. Mitgliedschaft in einer Partei, in der Gewerkschaft und gute Kontaktmöglichkeiten gehen mit positiven Demokratiebewertungen in West- und Ostdeutschland einher. Ein spezieller Osteinfluss besteht nicht.

Die Registrierung mangelnder öffentlicher Ordnung beeinflusst die Bewertung der Demokratie in West- und Ostdeutschland negativ.

4. Zusammenfassende Ergebnisinterpretation

Als ein Hauptergebnis unserer Untersuchungen hat sich herausgestellt, dass Zufriedenheit mit den demokratischen Einrichtungen in Ostdeutschland prinzipiell nicht anders zustande kommt als in Westdeutschland. Die meisten von uns untersuchten Merkmale entfalten einheitlich dieselbe Wirkungsrichtung. Merkmale, die in einem positiven Zusammenhang mit Demokratiezufriedenheit stehen, sind: Allgemeinbildung, Zufriedenheit mit dem Lebensstan-

dard, der sozialen und öffentlichen Sicherheit, politische Interessiertheit, Affinität zu den bürgerlichen Parteien SPD oder CDU/CSU, Parteimitgliedschaft und Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und soziale Kontaktmöglichkeiten. In dem Maße, wie sich diese Merkmale in eine positive Richtung entwickeln, erhöht sich die Demokratie Zustimmung.

Zu den Merkmalen mit negativer Wirkungsrichtung in West- und Ostdeutschland gehören: Leben in der Großstadt, Gefühl der Machtlosigkeit und Sinnlosigkeit eigenen Handelns und das Gefühl, persönlich nicht politisch Einfluss nehmen zu können. Je häufiger diese Merkmale auftreten bzw. je stärker sie ausgeprägt sind, desto unzufriedener ist man mit den demokratischen Einrichtungen in West- und Ostdeutschland.

Hauptsächlich geht die geringere Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland also auf eine unterschiedliche Ausprägung gemeinsamer Merkmale zurück. Es existieren aber auch einige Merkmale in Ostdeutschland, die im Vergleich zu Westdeutschland völlig entgegengesetzt wirken oder in Westdeutschland so gar nicht vorkommen. Es ist dies das Merkmal »hoher beruflicher Abschluss«, das entgegen allen Erfahrungen in Ostdeutschland mit einer besonders negativen Bewertung der demokratischen Einrichtungen verbunden ist. Hochqualifizierte sind hier umfangreich aus dem Erwerbzbereich ausgeschieden bzw. die jüngeren Gruppen finden keinen Zugang. Das zweite Merkmal, das mit einer gravierend negativen Demokratiebewertung im Osten einhergeht, ist die »PDS-Nähe«. Hinter diesem Merkmal stehen sicher andere politische Ansprüche und Erwartungen.

23 Vgl. J. M. Mushaben: Die Lehrjahre sind vorbei! Die Reformierung demokratischer Interessengruppen in den ostdeutschen Bundesländern, in: D. Papenfuß/W. Schieder (Hg.): *Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert*, Köln 2000, S. 587; A. Zimmer/E. Priller: Mehr als Markt oder Staat – Zur Aktivität des Dritten Sektors, in: E. Barlösius u. a. (Hg.): *Gesellschaftsbilder im Umbruch. Soziologische Perspektiven in Deutschland*, Opladen 2001, S. 73; E. Priller: Der Dritte Sektor in den neuen Ländern: initiativ, engagiert und erfolgreich, in: W. Hinrichs/ders. (Hg.): *Handeln im Wandel. Akteurskonstellationen in der Transformation*, Berlin 2001, S. 177.

In Ostdeutschland erhöht sich die Demokratiezufriedenheit dann überdurchschnittlich, wenn die zukünftige »Entwicklung der Lebenshaltungskosten« optimistisch eingeschätzt wird. Ostdeutsche machen ihre Zustimmung zu den demokratischen Institutionen stärker als Westdeutsche von der Beeinflussbarkeit und perspektivischen Sicherung ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage abhängig.

Die verbreitete These, die geringere Demokratiezufriedenheit der Ostdeutschen sei mit ihrer Sozialisation zu erklären, wird durch unsere Untersuchungen nicht gestützt. Die Wirkung von Sozialisation geht vollständig in die aktuelle sozioökonomische Situation, die Erwartungen und Handlungschancen sowie deren Wahrnehmung ein. Von entscheidendem Einfluss erweist sich die *Kombination* aus aktuell wahrgenommener sozioökonomischer Situation, Erwartungen und Handlungsoptionen. Eine Erklärung von Demokratiezufriedenheit, soll sie realistisch sein, muss die *gleichzeitige* Wirkung dieser Faktoren berücksichtigen. Am weitesten ausgearbeitet erscheint uns das Erklärungsmuster bei Thomas Bulmahn, der Sozialisations-, Situations- und Erwartungsthese berücksichtigt, das wichtige teilnehmende Handeln allerdings nicht einbezieht.²⁴

Wir meinen, die besorgniserregend geringe Zustimmung zu den demokratischen Einrichtungen in Ostdeutschland geht auf einen Mix aus Erwartungs-enttäuschung (wobei die Erwartungen teils illusionär waren und die Enttäuschung merklich verblasst), auf eine als unsicher reflektierte zukünftige sozioökonomische Situation und die Wahrnehmung ungenügender Handlungschancen zurück.

Eine zweite Erwartungsenttäuschung und Verunsicherung, die auch in Westdeutschland zu einer abnehmenden Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie geführt hat, folgt der Tatsache, dass sich auch die alte Bundesrepublik verändert hat. Sie entwickelte sich innerhalb der westlichen Gesellschaften vom einstigen *primus inter pares* zum *paris inter*

pares. Diese Veränderung der Gesellschaft geht oft nicht mehr einher mit einer stabilen Wohlfahrtsentwicklung, sondern ist häufiger mit nachlassenden individuellen Handlungsoptionen und weiter zunehmenden Lebensrisiken verbunden. Vereinigungsprozess, daran geknüpfte Erwartungen der Ostdeutschen und Veränderung der alten Bundesrepublik im internationalen Kontext sind miteinander verwoben und von langfristiger Natur, weshalb eine schnell auflebende Zustimmung zu den demokratischen Einrichtungen weder in Ost- noch in Westdeutschland in absehbarer Zeit zu erwarten ist.

5. Ausblick

Noch werden die Demokratie als grundlegendes Ordnungsprinzip und ihr institutionelles Funktionieren von der Mehrheit der Bevölkerung in Gesamtdeutschland nicht in Frage gestellt. Wenn als Fazit einer wissenschaftlichen Analyse »Ratschläge« an Politiker gefragt sind, um die Akzeptanz zu bewahren, dann erschöpfen sie sich in zwei:

Zum ersten sind Einzelmaßnahmen, wie sie manche Erklärungen suggerieren, wenig sinnvoll. Etwa zu glauben, allein durch sozialstaatliche Transfers lasse sich stärkere Demokratiezustimmung im Osten erzeugen, verkennt den Willen zum individuellen selbstbestimmten Handeln, seine Wirkung auf die sozioökonomische Situation und die Folgen dieses Zusammenhangs auf die Demokratiezustimmung.

Zum zweiten ist Risiken, wie sie sich aus Enttäuschung und Verunsicherung in beiden Landesteilen ergeben, langfristig nur durch eine wesentliche Erweiterung der Optionen autonomen Handelns der Bürger im Bereich des Marktes und gegenüber den Institutionen zu begegnen.

²⁴ Vgl. Th. Bulmahn: *Lebenswerte Gesellschaft. Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit im Urteil der Bürger*, Wiesbaden 2002, S. 170–172.